



P/SN-111/ME 1 von 5

## ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
Himmelpfortgasse 4 - 8  
1015 W i e n

Zl. 376/94

DOKUMENTENTWURF	
Zl. 86	-GE/19 py
Datum: 15. MRZ. 1995	
Verteilt 11.3.95	

DVR: 0487864

BI/NC

St. Jounistyn

**Betrifft:** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der  
Tschechischen Republik zur Vermeidung der Doppel-  
besteuerung auf dem Gebiete der Erbschafts- und  
Schenkungssteuern  
GZ. 04 4702/12-IV/4/94

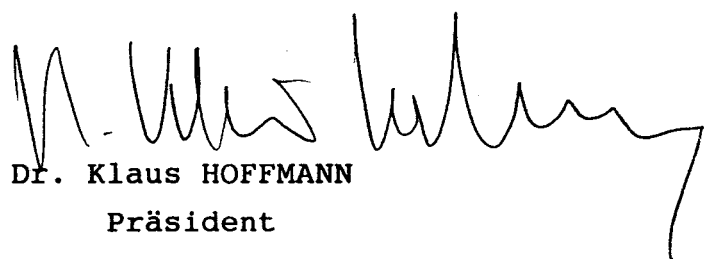
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag begrüßt den vorlie-  
genden Entwurf. Eine ausführliche Stellungnahme der Rechtsan-  
waltskammer Niederösterreich und der Steiermärkischen Rechtsan-  
waltskammer liegen bei.

Wien, am 31. Jänner 1995

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



  
Dr. Klaus HOFFMANN  
Präsident

Beilagen



## RECHTSANWALTSKAMMER NIEDERÖSTERREICH

A-3100 ST.PÖLTEN ANDREAS-HOFER-STRASSE 6 TELEFON 02742/71650

TELEFAX 02742/71650/17 DVR 0528269

An den  
Österr. RechtsanwaltskammertagRotenturmstr. 13  
1010 WienSt. Pölten, am 12.1.1995  
PBei/ABetrifft: GZ 684/94 - Ihre GZ 376/94Doppelbesteuerungsabkommen Österreich - Tschechische  
Republik

Osterreichischer  
Rechtsanwaltskammertag  
eing. 13. Jan. 1995  
\_\_\_\_\_fach, mit \_\_\_\_\_Beilagen

FK Ref.  
Dr. B-I  
W, am 16.01.95  
W

Sehr geehrte Herren Kollegen!

In obenbezeichneter Rechtssache wird die Stellungnahme unseres  
Referenten Dr. Gernot Hain übermittelt.

Mit vorzüglicher kollegialer Hochachtung

Für den Ausschuß der Rechtsanwaltskammer Niederösterreich

Dr. Jörg Beirer  
Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

Beilage

**STELLUNGNAHME**

zum

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschafts- und Schenkungssteuern**

Die Rechtsanwaltskammer Niederösterreich beehrt sich, zu diesem Gesetzesentwurf die folgende

Stellungnahme

abzugeben:

1./ Während die steuerlichen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gegenwärtig durch das Abkommen vom 07.03.1978, BGBl.Nr. 34/1979, zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das von beiden Staaten weiterhin sinngemäß angewendet wird, geschützt sind, werden die steuerlichen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Erbschafts- und Schenkungssteuern gegenwärtig noch durch kein Abkommen vor dem Eintritt internationaler Doppelbesteuerungen gestützt.

Im Oktober 1994 sind daher in Wien Verhandlungen mit der Tschechischen Republik aufgenommen worden, die zur Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfes geführt haben.

Das Abkommen folgte - soweit erkennbar - im größtmöglichen Umfang den Regeln des OECD-Musterabkommens aus dem Jahre 1982.

2./ Das gegenständliche Abkommen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat

gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG. Die Zustimmung des Bundesrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 2.Satz B-VG ist nicht erforderlich. Alle seine Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert, sodaß auch eine Beschlussfassung gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

3./ Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gelten wird, gehören in Österreich die Erbschafts- und Schenkungssteuer, in der Tschechischen Republik ebenfalls die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

4./ Die Rechtsanwaltskammer Niederösterreich begrüßt diese Initiative zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben.

*Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer*

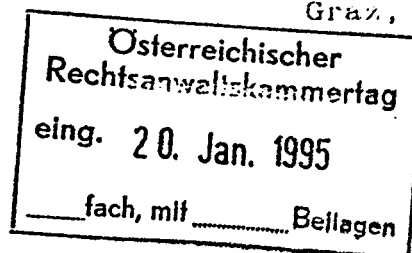
8011 Graz, Salzamtsgasse 3/IV, Postfach 557, Telefon (0316) 83 02 90, Telefax (0316) 82 97 30

G. Zl.: 557/94

Obige Nummer bei Rückantworten erbeten

Graz, am 17.1.1995

An den  
Österreichischen  
Rechtsanwaltskammertag  
Rotenturmstraße 13  
1010 Wien



FK D. B-I

W, am 20.01.95

Betrifft ÖRAK-Zahl 376/94,  
Doppelbesteuerungsabkommen  
Österreich - Tschechische Republik

Der Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer begrüßt das beabsichtigte Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, auf dem Gebiete der Erbschafts- und Schenkungssteuer, zumal es bisher ein solches Abkommen nicht gibt und dieses inhaltlich im größtmöglichen Umfang den Regeln des OECD Musterabkommens EX 1982 folgt. Dem Inhalt dieses Abkommens stehen, seitens der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer, keine Bedenken entgegen.

Für den Ausschuß der Stmk. Rechtsanwaltskammer

Graz, am 17.1.1995

Der Präsident

Dr. Werner Thurner